

I. Milchmarkt

Die Milchmarktkrisen haben nachhaltig negative wirtschaftliche Folgen für die Milchviehbetriebe. Um beispielsweise die Rückzahlung der im Rahmen des 1. EU-Hilfspaketes beanspruchten Liquiditätsdarlehen leisten zu können, werden vermehrt Umschuldungen vorgenommen. Das aktuelle Milchpreinsniveau ermöglicht zwar die Deckung der Direktkosten, an Zahlungen für fällige Tilgungsraten, eine Rücklagenbildung für Zukunftsinvestitionen und Risikovorsorge oder der Aufbau einer entsprechenden Altersversorgung sind jedoch nicht zu denken.

Ein weiteres Problemfeld ist die sehr schwache Marktstellung der Milchviehhalter. Im Sachstandsbericht des Bundeskartellamtes wurden die Defizite deutlich aufgezeigt.

Frage 1.1:

Wie steht Ihre Partei den Forderungen der Milchviehhalter nach einer Erweiterung des Sicherheitsnetzes für den EU-Milchmarkt um zeitlich befristete Mengenbegrenzungsmaßnahmen im Falle schwerer Marktverwerfungen gegenüber?

Antwort:

Die existierenden Sicherheitsmechanismen der EU haben in den bisherigen Milchkrisen entweder nicht gegriffen oder wurden nicht genutzt. So verzerren einerseits Interventionskäufe den Milchmarkt über die Krisenzeiten hinaus. Andererseits wurde die Krisenreserve innerhalb der ersten Säule der GAP nicht genutzt, um gezielt die betroffenen Landwirte zu unterstützen. Genau dies wäre eine solidarische Hilfsmaßnahme des gesamten Sektors zugunsten der Milchviehhalter gewesen. Eine staatlich subventionierte Mengenbegrenzung sehen wir zudem kritisch, da diese oftmals genutzt wird, bestimmte Kühe aus dem Bestand zu nehmen und durch leistungsstärkere zu ersetzen. Damit wird mittel- und langfristig die Überproduktion weiter gefördert.

Eine Ausweitung des Sicherheitsnetzes ist vor diesem Hintergrund nicht förderlich. Vielmehr setzt sich die SPD dafür ein, dass mit den nächsten Reformen der GAP und der Gemeinsamen Marktordnung die Kriseninstrumente effektiver und zielgerichteter werden.

Frage 1.2:

Sieht Ihre Partei die Verantwortung für eine entsprechende Anpassung der Angebotsmenge an die Nachfrage alleine in der Branche?

Antwort:

Die SPD unterstützt die Marktorientierung der Milchviehhalter. Damit die Marktrisiken nicht allein auf die Landwirtinnen und Landwirten abgewälzt werden, müssen Veränderungen zwischen den Beziehungen der Marktteilnehmer vorgenommen werden:

Die Verhandlungsposition der Landwirte muss gestärkt werden. Landwirte brauchen in Zukunft Verträge, in denen Menge, Preis, Dauer und Kündigungsfristen einheitlich geregelt werden. Deshalb fordern wir, dass die uneingeschränkte Andienungspflicht von Erzeugerorganisationen abgeschafft wird, in der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) die Ausnahmeregelung für genossenschaftliche Molkereien abgeschafft wird und im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen zu Gunsten der Landwirte Präzisierungen vorgenommen werden. Darüber hinaus wollen wir eine Qualitätsoffensive starten, die mittel- und langfristig zu einer höheren und besseren Veredelung und damit Wertschöpfung der Milch führt. Wir wollen ein Bundesprogramm Regionalvermarktung starten, das regionale Wirtschaftskreisläufe stärken wird.

Frage 1.3:

Wie stehen Sie zur Gründung von Branchenverbänden/-organisationen? Wie ist aus Ihrer Sicht die „Branche“ zu definieren und welche Befugnisse müssten eine entsprechende Branchenorganisation Milch zugesprochen werden?

Antwort:

Jegliche Stärkung des Dialogs innerhalb einer Branche wird durch die SPD begrüßt. Allerdings sollte nicht die Erwartung geschürt werden, dass damit alle Probleme gelöst werden. Vielmehr muss aus der Branche heraus ein tatsächlicher Veränderungswille erkennbar werden, um den Herausforderungen Herr zu werden. Dieser kann staatlich befördert, nicht verordnet werden.

Frage 1.4:

Frage an die Befürworter von Branchenorganisationen: Marktkrisen sind immer globale Marktkrisen. Wie kann/soll über eine nationale Branchenorganisation Einfluss auf den globalen Markt genommen werden?

Antwort:

Viele Marktteilnehmer in Deutschland, bis auf die Landwirte, sind in der Regel auch international tätig. Dies ist zumindest bei den Molkereien und dem Lebensmitteleinzelhandel der Fall. Somit wäre im begrenzten Maß auch eine Steuerung des Marktes möglich. So hat das französische Tochterunternehmen eines großen deutschen Discounters zur Krisenzeit einen Aufschlag gezahlt. Ein solches Zeichen wäre für den deutschen Markt natürlich wünschenswert gewesen. Insofern wäre eine größere Solidarität innerhalb der Branche im Krisenfall zu begrüßen, auch um den wertvollen Rohstoff Milch nachhaltig zu sichern.

Frage 1.5:

Sehen Sie bei der Verbesserung der Marktstellung der Milchviehhalter politischen Handlungsbedarf oder ist das eine Aufgabe ausschließlich der Marktpartner?

Antwort:

Siehe Frage 1.2

II. Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP 2020)

Die Diskussionen um die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinsamen Agrarpolitik 2020 und der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) werden bereits intensiv geführt. Der BDM e.V. sieht im Zusammenhang mit der GAP 2020 die Möglichkeit, die Landwirtschaft nachhaltig fit zu machen für die zahlreichen Aufgaben und Herausforderungen der Zukunft. Es geht um die Zukunft vitaler ländlicher Räume, Schaffung von Wertschöpfung und den Erhalt von vielen Arbeitsplätzen.

Mit der bisherigen starken Konzentration der GAP auf die Verteilung von Agrargeldern wird weder die schon in den römischen Verträgen genannte Zielsetzung, ein entsprechendes Pro-Kopf-Einkommen der landwirtschaftlichen Bevölkerung für eine angemessene Lebenshaltung zu gewährleisten, noch eine Stabilisierung der Märkte erreicht. Aus Sicht des BDM muss zunächst mit der Weiterentwicklung der GMO hin zu wesentlich stabileren Märkten die Möglichkeit geschaffen werden, das Haupteinkommen aus dem Verkauf der Produkte erzielen zu können. Nur wenn hier wichtige Reformschritte unternommen werden, kann man die GAP 2020 so gestalten, dass die vielfältigen Ziele der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik erreicht werden. Die Bäuerinnen und Bauern haben dann den finanziellen Spielraum, tiefgreifende Veränderungen der GAP nicht nur mitzutragen, sondern auch umzusetzen.

Frage 2.1:

Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, sich bei der Weiterentwicklung der GAP 2020 auf Veränderungen der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) zu konzentrieren?

Antwort:

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) steht vor großen Herausforderungen. Verlorengegangene gesellschaftliche Akzeptanz für eine intensive landwirtschaftliche Produktion wird nicht durch kleine Korrekturen wiederhergestellt werden können. Deshalb wollten wir unseren Schwerpunkt auf folgende Themen setzen:
Unter der Prämisse „Öffentliches Geld für Öffentliche Leistungen, wollen wir bis Ende 2026 schrittweise aus dem bisherigen System der Direktzahlungen aussteigen. Die europäischen Fördermittel müssen mit anderen Politikbereichen der EU u.a. Umwelt, Klima, Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit, Regionalentwicklung und Entwicklungspolitik verzahnt werden und Zielkonflikte zwischen den einzelnen Bereichen müssen vermieden werden. Die Förderung muss ergebnis- und programmorientiert erfolgen. Darüber hinaus brauchen wir bis spätestens 2026 eine konsequente und kohärente Strategie, die es ermöglicht, Gemeinwohlleistungen unter den Bedingungen offener Märkte, des schnellen technologischen und gesellschaftlichen Wandels zu erbringen.
Inhaltlich wollen wir die neue Agrarförderung zur Stärkung der ländlichen Räume, der Sicherung der Bewirtschaftung in benachteiligten Gebieten, der Nachhaltigkeit der Produktionsmethoden, der Förderung von Innovationen in der Ernährungs- und Landwirtschaft und der Absicherung der beruflichen Perspektive für die in diesen Sektoren arbeitenden Menschen orientieren, einsetzen.

Frage 2.2:

Gibt es in Ihrer Partei Überlegungen, wie die GAP 2020 sozial gerechter gestaltet werden kann und die besonderen Leistungen der Tierhalter für die Vitalität der ländlichen Räume mehr Anerkennung erhalten?

Antwort:

Siehe Frage 1.2 und 2.1

Frage 2.3:

Ist Ihre Partei der Ansicht, dass die wirtschaftlichen Probleme der Landwirtschaft mit einer anderen Verteilung der Agrargelder/Direktzahlungen gelöst werden können?

Antwort:

Die Verteilungsfrage der Direktzahlungen ist nur ein Teil der wirtschaftlichen Probleme der Landwirtschaft. Die gesellschaftliche Akzeptanz für eine intensive Landwirtschaft ist verloren gegangen, vor allem durch die damit verbundenen negativen Auswirkungen auf die Natur und Umwelt und die Tierschutzproblematik. Die gesamte Wertschöpfungskette muss auf den Prüfstand. Wir müssen die Stellung der Landwirtinnen und Landwirte innerhalb der Wertschöpfungskette stärken und wir müssen den Verbraucherinnen und Verbrauchern durch einheitliche Kennzeichnung der Herkunft der Produkte die Möglichkeit geben, bewusst einzukaufen.

Frage 2.4:

Gibt es in Ihrer Partei Gedanken, wie der mit der Beantragung der Agrargelder verbundene sehr große Bürokratie und Kontrollaufwand abgebaut werden kann?

Antwort:

Wir werden uns dafür einsetzen, dass nach der kommenden Reform der GAP der bürokratische Aufwand überschaubar ist. Wir sind für alle Vorschläge offen, solange die erreichten Standards nicht ausgehöhlt werden. Es muss jedem Landwirt und jeder Landwirtin jedoch klar sein, dass nachgewiesen werden muss, was mit öffentlichen Geldern passiert.

Frage 2.5:

Welche Überlegungen gibt es in Ihrer Partei, den Erhalt von Agrargeldern zukünftig mit konkret zu benennenden Leistungen der Landwirtschaft für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz zu verknüpfen?

Antwort:

Siehe Frage 1.2. Außerdem sollen auch Tierschutzleistungen stärker gefördert werden.

III. Wahrheit und Klarheit bei der Produktkennzeichnung

In Zeiten zunehmender Sensibilisierung eines größer werdenden Teils der Verbraucher und der Medien sollte eine Herkunftsbezeichnung aller für ein Fertigprodukt verwendeter Herstellungsbestandteile eine Selbstverständlichkeit sein. Es grenzt an Verbrauchertäuschung, wenn als Herkunft eines Produkts nur die Stätte des letzten Verarbeitungsschritts angegeben, nicht jedoch die Herkunft der einzelnen Bestandteile des Produkts gekennzeichnet werden muss. Jede Initiative der Milchviehhalter für ein klares Kennzeichnungsrecht ist jedoch bisher am Widerstand der Molkereiwirtschaft und ihrer nahestehenden Verbände gescheitert. Eine hochwertige Vermarktung der Milchprodukte ist nur dann möglich, wenn deren Zutaten hochwertig sind und die Verbraucher entsprechendes Vertrauen in die Produkte setzen können.

Frage 3.1:

Unterstützt Ihre Partei die Bestrebungen des BDM und seiner Mitglieder für eine klare Produktkennzeichnung?

Antwort:

Ja.

IV. Tierwohl

Die Debatten um mehr Tierwohl sind in vollem Gang, neben einer Vielzahl von Labeln drängt der Lebensmittelhandel die Urproduzenten zur Akzeptanz unterschiedlicher firmeneigener Programme. Die Umsetzung der Anforderungen ist sehr oft mit größeren Investitionen in die Haltungssysteme verbunden.

Frage 4.1:

Wie soll aus Sicht Ihrer Partei der anvisierte Umbau der Haltungssysteme zu mehr Tierwohl finanziert werden?

Antwort:

In einer nationalen und europäischen Nutztierstrategie muss die Finanzierung des Umbaus zu mehr Tierwohl ein Schwerpunkt sein. Neben staatlicher Förderung sind die höheren erzielbaren Preise am Markt für tiergerecht hergestellte Fleisch- und Fleischprodukte von Bedeutung. Dafür muss die Stellung der Landwirtinnen und Landwirte in der Wertschöpfungskette gestärkt werden.

Frage 4.2:

Wie steht Ihre Partei zur Vielzahl der sich auf dem Markt befindlichen Labeln?

Antwort:

Im Bereich des Tierschutzes wollen wir ein einheitliches Tierschutzlabel nach dem Vorbild des Deutschen Tierschutzbundes einführen. Die bereits auf dem Markt befindlichen Label können sich, wenn sie die Anforderungen an die Tierhaltung erfüllen, anschließen.

Frage 4.3:

Wie können Milchviehbetriebe, die vor allem in kleinstrukturierten Regionen ihre Rinder noch in Anbindehaltung haben, in ihren Bestrebungen, die **Haltungsbedingungen zu verbessern, durch die öffentliche Hand unterstützt werden?**

Antwort:

Die Beendigung der Anbindehaltung ist ein Tierschutzthema und kann insofern durch die Programme der Zweiten Säule jetzt und in Zukunft öffentlich gefördert werden.

Frage 4.4:

Bedarf es aus Sicht Ihrer Partei eines generellen Verbots der Anbindehaltung?

Antwort:

Wir unterstützen den Beschluss des Bundesrates mit einer 12-jährigen Übergangsfrist die Anbindehaltung zu beenden. Österreich ist ein gutes Beispiel wie es gehen kann.